



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 29.12.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 02.12.2010, 15:30 Uhr bis 17:43 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	Vertreter für Frau Hol- länder
Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE	
Frau Marion Lüttig	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Regina Wilden	auf Vorschlag von pro Köln	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Frau Annelie Appelman	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region bis 17.08 Uhr anwesend
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V. bis 17.08 Uhr anwesend
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln

Verwaltung

Frau Monika Baars	514
Frau Dagmar Dahmen	323
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Frau Marita Reinecke	V/3
Frau Beigeordnete Henriette Reker	V
Herr Stephan Santelmann	50
Herr Michael Schleicher	56 + 5620
Frau Nina Schoppmann	152
Herr Werner Stüttem	15

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Hildburg Holländer	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Lisa Steinmann	SPD
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU

Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Michaela Diers	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln
Frau Antonella Giurano	auf Vorschlag des Integrationsrates

Der Vorsitzende Herr Paetzold spricht im Namen des Ausschusses der ehemaligen Beigeordneten Frau Bredehorst seinen Dank für die gute Arbeit und Begleitung des Ausschusses aus.

Ebenso spricht RM Herr Ensmann im Namen des Ausschusses Frau Dr. Klein seinen Dank aus für die gute Vertretung nach dem Weggang von Frau Bredehorst.

Auf Grund der Vielzahl von Zusetzungen und Tischvorlagen schlägt Herr Ensmann vor, alle diese Punkte auf die nächste Sitzung zu verschieben. Gleichzeitig beantragt Herr Ensmann, eine Sondersitzung vor der nächsten Ratssitzung durchzuführen, um u.a. die Beschlussvorlage TOP 12.5 zu beraten.

SB Frau Wilden bittet ebenfalls darum, die Tischvorlagen insbesondere TOP 12.3 zu vertagen.

RM Herr Helling schießt sich der Kritik an den Tischvorlagen und Ergänzungen zur Tagesordnung an sowie der Bitte um eine Sondersitzung. Er regt an, auch die Mitteilung unter TOP 6.4 in die Sondersitzung aufzunehmen.

RM Frau Schmerbach bittet, außerdem auch den TOP 12.3 auf die Sondersitzung zu verschieben.

Frau Reker entschuldigt sich im Namen der Verwaltung für die Vielzahl von Tischvorlagen. Die Verwaltung werde sich darum bemühen, diese in Zukunft so weit wie möglich zu vermeiden.

Weiterhin bittet sie um Vertagung der Beschlussvorlage unter TOP 12.1.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, die geplante Sondersitzung am Dienstag, 14.12.2010 um 12 Uhr für die Dauer einer Stunde stattfinden zu lassen. Trotz einiger Bedenken wegen der kurzen Sitzungsdauer sind die Ausschussmitglieder mit dem Termin für die Sondersitzung einverstanden.

Die Ausschussmitglieder sind mehrheitlich damit einverstanden, in der Sondersitzung nur die TOP 6.4, 12.3, 12.4 und 12.5 zu beraten.

Der Anregung von Herrn Ensmann folgend schlägt Herr Paetzold außerdem vor, alle Zusetzungen und Tischvorlagen, die nicht in der Sondersitzung behandelt werden, auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Sitzungstermine im Jahr 2011

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Dezernatsziele 2011 hier: mündliche Nachfrage von RM Herrn Ensmann

2.2 Gebührenbescheide zur Straßenreinigungssatzung
hier: mündliche Nachfrage von RM Herrn Ensmann

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Statistik Netzwerk gegen häusliche Gewalt
Anfrage aus der Sitzung vom 24.06.2010 (1778/2010)
4079/2010

3.2 Zwischenbericht über die Aktivitäten des Bildungsportals
www.bildung.koeln.de
4825/2010

3.3 Kooperationsvereinbarung zu Leistungen der Eingliederungshilfe und zu Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch XII zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Köln
4449/2010

4 Mitteilungen

4.1 Kennzahlenvergleich 2009 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland
4549/2010

- 4.2 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung in Kita und Jugendarbeit
4247/2010
- 4.3 Einbürgerungskampagne
4377/2010
- 4.4 Zuzug unerlaubt eingereister Personen in 2010
4435/2010
- 4.5 Entwicklung von "Suppenküchen" und "Ausgabestellen für kostenlose Lebensmittel" an Bedürftige
hier: Stellungnahme der Verwaltung zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 02.9.2010.
4477/2010
- 4.6 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln 2008 und 2009
4812/2010
- 4.7 KölnPass: Sachstand der Verhandlungen im Land zur Einführung eines Sozialtickets
4810/2010
- 4.8 Ehrenamt im benachteiligten Veedel - Dokumentation und Handlungsempfehlungen des Projektes "Niedrigschwelliger Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement in benachteiligten Stadtteilen"
4935/2010
- 4.9 Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln
5007/2010
- 4.10 Einsatz eines Nationworkers im Flüchtlingsbereich für die Personengruppe der Roma, Erfahrungsbericht
4941/2010
- 4.11 Ausführungsgesetz SGB II NRW
hier: Verteilung der eingesparten Wohngeldmittel des Landes an die Kommunen
4968/2010
- 4.12 Kombination des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
5068/2010

5 Wohnen

- 5.1 Anfrage von Herrn Helling zu TOP 6.1 der Sitzung vom 02.09.2010 "Information über die im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts MÜLHEIM 2020 aufgelegten Starterprojekte "Frau und Beruf" und "Mülheimer Job.Factory - Aktiv Plus" 2364/2010"
4564/2010
- 5.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
4627/2010
- 5.3 Dokumentation "Perspektiven und Projekte. Nachhaltige Entwicklung von Stadtquartieren" des GdW Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Kooperation u.a. mit dem Deutschen Städtetag
4717/2010
- 5.4 Neu- und Umbauprogramm für städtische Sozialhäuser. Sachstandsbericht des Wohnungsversorgungsbetriebes gemäß Beschluss des Sozialausschusses vom 26.10.2006
4496/2010
- 5.5 Mitteilung zur Publikation "Konzeptbausteine: Impulse für neues Wohnen in der Innenstadt" in der Sitzung am 23.09.2010
hier: Beantwortung von zusätzlichen Fragen
4813/2010
- 5.6 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2009, Ausblick 2010
5034/2010
- 5.7 Beantwortung der Anfrage AN/2027/2010
4692/2010
- 5.8 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln AN/2014/2010
4702/2010

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 6.1 Anfrage zu TOP 6.3 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Anfragen zum neuen Wertgutscheinsystem für Bezieher/innen von SGB II-Leistungen (4329/2010)
4832/2010
- 6.2 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
4990/2010
- 6.3 Anfrage zu TOP 6.2 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Bericht der ARbeitsGEmeinschaft - ARGE- Köln (4353/2010)
4906/2010

6.4 Strategisches Integrationsprogramm des Jobcenters Köln 2011 (SIP 2011)
5010/2010

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 12/2010
5021/2010

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
04.05.2010
AN/0872/ 2010

1. Förderung entwicklungsgestörter Vorschulkinder und Schulkinder mit Teil-
leistungsstörung
2. Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
3202/2010

9.1.2 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/1532/ 2010

9.1.3 Kürzungen im Bereich der ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2010
AN/1984/ 2010

9.1.4 Zwangsräumung hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 28.10.2010
AN/2006/ 2010

Antwort der Verwaltung
5008/2010

9.2 Aktuelle Anfragen

**10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

10.1 Jahresbericht 2009
4172/2010

- 10.2 Verteilung der Fördermittel 2010 - Zuschuss für Stützpunkte im Rahmen des Förderkonzeptes offene Altenarbeit einschl. Zuschuss an Förderverein Altagestätte Keltershof/Sürth
4599/2010

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 12.1 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010
- 12.2 Köln - Stadt der Vielfalt
Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes
3130/2010
- 12.3 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
4916/2010
- 12.4 KölnPass: Aufrechterhaltung des Erstattungsanspruches der KVB im Rahmen der Finanzierung der KölnPass-Tarife im Haushaltsjahr 2010
4409/2010
- 12.5 SGB II-Neuorganisation; Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln
4870/2010

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14 Anfragen

- 14.1 Pflegereport der Barmer Ersatzkasse
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

I. Öffentlicher Teil

0. Sitzungstermine im Jahr 2011

Der Vorsitzende Herr Paetzold berichtet, sein Vorgänger habe den Beginn der Sitzungstermine im nächsten Jahr auf 18.00 Uhr festgesetzt. Da einige Ausschussmitglieder Herrn Paetzold mitgeteilt haben, dass dieser späte Beginn sehr ungünstig sei, fragt er, ob hier als Kompromiss ein Beginn um 17.00 Uhr möglich sei.

RM Herr Ensmann und RM Herr Helling sprechen sich gegen diesen Vorschlag aus. Die Sitzungen sollten zwischen 15.30 und spätestens 16.00 Uhr beginnen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich einvernehmlich darauf, den Beginn der Sitzungen bei 15.30 Uhr zu belassen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Frau Kronenberg berichtet, dass Gewalt gegen Frauen weltweit als häufigste Menschenrechtsverletzung gelte. Nach einer Studie haben 25% aller Frauen (16 bis 85 Jahre) mindestens einmal in ihrem Leben körperliche, sexuelle Gewalt erlebt. Es sei davon auszugehen, dass rd. 160.000 Kölnerinnen davon betroffen seien, außerdem auch mittelbar oder unmittelbar deren Kinder.

Frau Kronenberg informiert weiter, dass ca. 45.000 Frauen bundesweit jährlich die Frauenhäuser aufsuchen. Allerdings mussten auch viele Frauen und deren Kinder von den Frauenhäusern abgewiesen werden (2009: 590 Frauen, 2008: 427 Frauen, zuzüglich Kinder). Auch die Zahl der Anzeigen wegen häuslicher Gewalt habe sich in Köln drastisch entwickelt. In 2002 habe es 1300 und in 2009 bereits 3224 Anzeigen gegeben. Diese Entwicklung sei auf den Mut der Kölnerinnen zurückzuführen, sich gegen häusliche Gewalt zu wehren. Außerdem sei es ein Zeichen, dass das Thema zunehmend aus der Tabuzone komme.

Frau Kronenberg verweist hierzu auf die Aktivitäten des Amtes für Gleichstellung im Rahmen des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen und erläutert diese. Das Ziel der Aktion sei es gewesen, betroffene Frauen zu ermutigen, den ersten Schritt zu gehen, sich professionelle Unterstützung zu holen und sich aus der Gewaltsituation zu lösen. Mit dieser Aktion sei große Aufmerksamkeit erreicht worden.

Nachfolgend stellt Frau Kronenberg die Aktivitäten des Amtes für Gleichstellung konkreter dar. Es werden z.B. Kampagnen mit den Kölner Beratungsstellen initiiert und in Kliniken, Krankenpflegeschulen und Familienzentren der Blick für Verletzungen, die aus häuslicher Gewalt resultieren, geschärft. Weiterhin soll erreicht werden, dass es auch in Köln möglich werde, Spuren nach einer Vergewaltigung anonym sichern zu lassen. Außerdem gehe das Amt gegen sexistische Werbung vor. Und schließlich wolle das Amt für Gleichstellung Unternehmen für das Thema gewinnen, z.B. sollen Führungskräfte häusliche Gewalt als Ursache von Fehlzeiten erkennen und professionell reagieren.

Frau Kronenberg plädiert dafür, gemeinsam daran zu arbeiten, dass in Köln ein Klima herrsche, in dem Frauen ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben führen können.

Hierzu seien eine gesicherte Finanzierung des Hilfesystems und zusätzliche Frauenhäuser unerlässlich.

RM Frau Hoyer nimmt Bezug auf den Vortrag von Frau Kronenberg im Rat. Sie fragt, welche der drei möglichen Wege die Opfer zur Bewältigung der Tat eher einschlagen und bittet hier um die Einschätzung der Verwaltung zu den Beratungserfahrungen der Frauenhäuser.

Frau Kronenberg nimmt die Anregung gerne auf und sagt eine Prüfung zu.

SB Frau Wilden weist darauf hin, es gebe eine große Zahl von Tätern und auch Opfern mit Migrationshintergrund.

SE Herr Klein fragt Bezug nehmend auf die Anzeigen wegen häuslicher Gewalt, ob der Verwaltung bekannt sei, wie hoch die Dunkelziffer sei, wie das Anzeigeverhalten in 2010 gewesen sei und wie sich das neue Opferschutzgesetz auf das Anzeigeverhalten auswirke.

Frau Kronenberg sagt hierzu ebenfalls eine schriftliche Beantwortung zu.

SE Herr Corneth bittet um Auskunft, ob es auch Zahlen zu der häuslichen Gewalt von Frauen an Männern gebe.

Abschließend ergibt sich in Zusammenhang zu TOP 3.1 eine kontroverse Diskussion zwischen RM Herrn Helling, RM Frau Hoyer und SB Frau Wilden zu den Motiven, die dazu führen, auch nach dem Migrationshintergrund von Tätern zu fragen.

RM Herr Helling hält zudem eine Interpretation der ermittelten Daten zum Migrationshintergrund von Opfern und Tätern für dringend erforderlich.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

2.1 Dezernatsziele 2011 hier: mündliche Nachfrage von RM Herrn Ensmann

RM Herr Ensmann erinnert an seine Anfrage vom 23.09.2010 bezüglich der Schwerpunktsetzungen des Dezernates für das Jahr 2011.

Frau Reker teilt mit, derzeit erfolge eine Aufarbeitung und Auswertung zu den bisherigen Zielen. Auf dieser Grundlage werde die Verwaltung entscheiden, welche Ziele in 2011 gebildet werden. Diese Ziele werde die Verwaltung anschließend dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur weiteren Beratung vorlegen.

2.2 Gebührenbescheide zur Straßenreinigungssatzung hier: mündliche Nachfrage von RM Herrn Ensmann

RM Herr Ensmann erinnert an seine Nachfrage in der Sitzung vom 02.09.2010 zum Thema Nachforderungen bei den Straßenreinigungsgebühren. Er bittet um Informationen zum aktuellen Sachstand.

Die Verwaltung sagt eine Weiterleitung an die Fachverwaltung zu.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Statistik Netzwerk gegen häusliche Gewalt Anfrage aus der Sitzung vom 24.06.2010 (1778/2010) 4079/2010

Siehe hierzu auch TOP 1.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.2 Zwischenbericht über die Aktivitäten des Bildungsportals www.bildung.koeln.de 4825/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.3 Kooperationsvereinbarung zu Leistungen der Eingliederungshilfe und zu Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch XII zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Köln 4449/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

4.1 Kennzahlenvergleich 2009 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland 4549/2010

SE Herr Klein stellt eine Frage zu der Aussage auf Seite 2, dass die Dichte der Leistungsempfänger nach dem SGB II für Köln in der Altersgruppe der 15 bis 25-jährigen die niedrigste nach den süddeutschen Städten sei. Er fragt, welche Personengruppe konkret bei dieser Berechnung berücksichtigt worden sei.

Herr Klein zieht außerdem in Betracht, dass durch das Älterwerden von Personen lediglich eine Verschiebung aus dem U-25-Bereich hinaus in den Bereich der Ü-25 erfolge, ohne dass sich für den Betroffenen etwas ändere.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

SB Herr Dr. Schulz dankt der Verwaltung für die gute Zusammenfassung. Es gebe hier sehr deutliche Hinweise auf die Struktur von Hilfeempfängerinnen und – empfangern nach dem SGB II und XII. Gerade im U-25-Bereich gebe es eine Menge sehr guter Angebote, die man im Integrationsprogramm nicht oder nur sehr gekürzt wiederfinde. Hierdurch sieht Herr Dr. Schulz die Gefahr, dass sich gezwungenermaßen die gute Bilanz aus dem U-25-Bereich nachfolgend verschlechtere. Bei der Diskussion des Integrationsprogramms sollte man auf diesen Aspekt zurückkommen.

Zur gestiegenen Beteiligungsquote an den kommunalen Leistungen nach dem SGB II weist Herr Dr. Schulz auf das von der Verwaltung geplante Gespräch mit Politikern auf der Bundesebene hin.

Zu dem auf den Seiten 4 und 5 angesprochenen Niedriglohnsektor teilt Herr Dr. Schulz mit, es gebe auch einen Sektor der Minderbeschäftigung. Es sei wichtig, auch diesen Sektor in Köln zurückzudrängen.

RM Frau Schmerbach fragt, warum in Köln nicht alle Daten in der gewünschten Form ermittelt werden konnten, was die Sicherung der Gesundheitsversorgung durch Übernahme von Krankenversicherungsbeiträgen als laufende Sozialhilfeleistung betreffe (Seite 5, 5. Absatz).

Weiterhin verweist sie auf die Übertragung der Eingliederungshilfe von den Kommunen auf die überörtlichen Träger der Sozialhilfe. Es handele sich zwar um ein kommunales Benchmarking, jedoch könne sie sich vorstellen, dass man auch von den überörtlichen Sozialhilfeträgern Daten zur Eingliederungshilfe abrufen sollte.

Herr Santelmann teilt zu den Anmerkungen von Herrn Dr. Schulz mit, es handele sich um ein interkommunales Benchmarking. Die Verwaltung beteilige sich hieran seit Jahren sehr intensiv. Das Benchmarking stelle eine wichtige Steuerungshilfe dar.

Herr Santelmann erklärt zum SGB XII, Hilfe zur Gesundheit, dass die Verwaltung ebenfalls an Ergebnissen interessiert sei und sich in das Benchmarking einbringen wolle. Jedoch stehen der Aufwand und Ertrag in einem großen Missverhältnis und die Daten seien wenig vergleichbar. Sollte es gelingen, den Aufwand erheblich zu reduzieren, werde die Verwaltung eine Auswertung vornehmen.

RM Herr Ensmann berichtet aus der 15-jährigen Entwicklung des Benchmarking. Es sollte nun überlegt werden, ob der Kennzahlenvergleich in seiner gewohnten Form fortgeführt werden sollte, oder ob nun ein Austausch der Beteiligten auf der Arbeitsebene sinnvoller sei.

Herr Santelmann erklärt, in den letzten Jahren seien immer neue Schwerpunkte gesetzt worden. Somit haben sich auch die Berichte gewandelt und werden interkommunal so ausgerichtet, dass sie Nutzen bringen. Herr Santelmann betont, daher sei eine Beteiligung von Köln am Benchmarking nach wie vor sinnvoll.

SE Herr Klein berichtet, ihm sei aus der Presse bekannt geworden, dass es in Deutschland zwar mehr Arbeitsverhältnisse gebe, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden jedoch rückläufig sei. Er fragt, ob es für Köln diesbezüglich eine Statistik gebe.

Herr Santelmann sagt eine Prüfung der Angelegenheit zu.

RM Frau Hoyer hält eine Regelmäßigkeit bei der Berichterstattung über das Benchmarking für sinnvoll.

4.2 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung in Kita und Jugendarbeit 4247/2010

RM Frau Schmerbach lobt die Aktivitäten der Verwaltung.

SE Herr Klein fragt, welche Kosten für die Eltern entstehen.

Frau Baars teilt mit, es habe weder im Bereich der Kindertagesstätten noch bei der Jugendarbeit zusätzlichen Kosten für Eltern gegeben.

4.3 Einbürgerungskampagne 4377/2010

RM Herr Helling hält es für bedauerlich, dass die Begleitforschung nicht durchgeführt werden könne, da diese differenzierter auf die Gründe von niedrigen Einbürgerungszahlen eingegangen wäre.

SB Herr Dr. Schulz schließt sich der Auffassung von Herrn Helling an. Er erläutert, in diesem Falle habe eine Stiftung ihre Gelder zurückgezogen.

4.4 Zuzug unerlaubt eingereister Personen in 2010 4435/2010

RM Herr Ensmann bittet um eine Auflistung, aus welchen Ländern die verbliebenen 182 Personen geflohen seien.

Frau Dahmen teilt mit, die Zuzugsstaaten seien Afghanistan, Iran, Irak sowie die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, d.h. Serbien, Mazedonien und Montenegro. Bei den Jugendlichen seien es auch Pakistan und Indien.

SB Frau Wilden bittet um Erläuterung zur Einreise unbegleiteter Minderjähriger.

Frau Dahmen gibt einige Erläuterungen zum Verfahren und den gesetzlichen Regelungen. Es finde eine regelmäßige Befragung der Minderjährigen bei der Einreise mit einem Dolmetscher statt. In den Fällen, in denen das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet sei, habe die Verwaltung das Kindeswohl zu beachten. Dies erfolge in Zusammenarbeit der Ausländerbehörde mit dem Jugendamt.

RM Frau Hoyer fragt, wie lange die 470 Personen in Köln geblieben seien, bevor sie anderen Kommunen zugewiesen wurden.

Frau Dahmen teilt mit, die durchschnittliche Verweildauer betrage zwischen drei Tagen und drei Wochen und stellt kurz die Gründe hierfür dar.

**4.5 Entwicklung von "Suppenküchen" und "Ausgabestellen für kostenlose Lebensmittel" an Bedürftige
hier: Stellungnahme der Verwaltung zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 02.9.2010.
4477/2010**

RM Herr Helling plädiert dafür, das geplante Hearing durchzuführen.

**4.6 Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung in Köln 2008 und 2009
4812/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**4.7 KölnPass: Sachstand der Verhandlungen im Land zur Einführung eines Sozialtickets
4810/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**4.8 Ehrenamt im benachteiligten Veedel - Dokumentation und Handlungsempfehlungen des Projektes "Niedrigschwelliger Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement in benachteiligten Stadtteilen"
4935/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**4.9 Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln
5007/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung, die als Tischvorlage vorliegt, auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**4.10 Einsatz eines Nationworkers im Flüchtlingsbereich für die Personengruppe der Roma, Erfahrungsbericht
4941/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung, die als Tischvorlage vorliegt, auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**4.11 Ausführungsgesetz SGB II NRW
hier: Verteilung der eingesparten Wohngeldmittel des Landes an die
Kommunen
4968/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung, die als Tischvorlage vorliegt, auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**4.12 Kombination des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
5068/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung, die als Tischvorlage vorliegt, auf die nächste Sitzung zu vertagen.

5 Wohnen

**5.1 Anfrage von Herrn Helling zu TOP 6.1 der Sitzung vom 02.09.2010 "Information über die im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts MÜLHEIM 2020 aufgelegten Starterprojekte "Frau und Beruf" und "Mülheimer Job.Factory - Aktiv Plus" 2364/2010"
4564/2010**

Die Mitteilungen TOP 5.1, 5.7 und 5.8 werden zusammen beraten.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilungen zu Mülheim 2020, die teilweise als Tischvorlage vorliegen, auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**5.2 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
4627/2010**

RM Frau Schmerbach fragt, ob man die Betrachtung des Stadtentwicklungskonzeptes nicht zielgruppenorientiert vornehmen könne.

Herr Stüttem erläutert, dass die Verwaltung in drei verschiedenen Modulen vorgehen wolle. Daraus leiten sich konkrete Handlungsfelder ab und es werden auch die Zielgruppen betrachtet.

Die Verwaltung werde dem Ausschuss die einzelnen Module und Zwischenergebnisse vorstellen. Weitere Anregungen des Ausschusses können natürlich aufgenommen werden. Darüber hinaus beabsichtige die Verwaltung, das Konzept in einem Prozess zu entwickeln und mit diversen Akteuren abzustimmen.

RM Herr Helling fragt zum zweiten Modul, ob nur die Wohnungsmarktakteure in die Beratungen einbezogen werden oder ob insbesondere auch über das Wohnungsbauforum hinaus die politischen Fraktionen beteiligt werden sollen.

Herr Helling betont, da es im Wohnungsbauforum nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern gebe, seien die Fraktionen meist nur mit dem Experten für Stadtentwicklung vertreten. Sozial- und wohnungspolitische Aspekte würden damit oft nicht entsprechend berücksichtigt.

Herr Helling bittet daher, die politischen Vertreter auch außerhalb des Wohnungsbauforums in diesen Erarbeitungsprozess einzubeziehen und den Prozess genauer darzustellen.

Herr Stüttem teilt mit, die Verwaltung befinde sich erst am Beginn dieses Prozesses. Beabsichtigt sei, eine externe Expertengruppe aufzubauen, die nicht nur auf das Wohnungsbauforum fixiert sei. Die Anregung von Herrn Helling nimmt er gerne auf.

SE Herr Kossiski bietet an, diesen Prozess zu unterstützen. Er weist auf eine aktuelle Studie des DGB München und der Mieterverein München.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung, diese Studie als **Anlage** zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

SE Frau Appelmann bittet die Behindertenbeauftragte in diesen Prozess mit einzubinden.

Herr Stüttem nimmt auch diese Anregung gerne auf.

RM Herr Ensmann weist auf den demographischen Wandel hin und damit auf die Notwendigkeit von bedarfsgerechtem Wohnraum für die ältere Generation.

Herr Schleicher hält eine enge Zusammenarbeit der einzelnen Verwaltungsbereiche für sehr wichtig, um die angesprochenen Themen, wie z.B. Belange des preiswerten Wohnungsbaus, Barrierefreiheit, Mehrgenerationenprojekte und studentisches Wohnen angemessen zu berücksichtigen.

5.3 Dokumentation "Perspektiven und Projekte. Nachhaltige Entwicklung von Stadtquartieren" des GdW Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Kooperation u.a. mit dem Deutschen Städtetag 4717/2010

SB Herr Dr. Schulz nimmt Bezug auf die Aussage, dass Wettbewerb und Publikation als ein Plädoyer dafür zu verstehen seien, um von Einzellösungen weg und hin zu quartiersbezogenen und integrierten Lösungen zu kommen. Damit bestätigt sich für Herrn Dr. Schulz der eingeschlagene Weg der Sozialraumorientierung zur nachhaltigen Entwicklung. Er zeigt sich erfreut, dass die GAG Immobilien AG wegen ihres sensiblen Umgangs mit der Bewohnerschaft gelobt worden sei.

RM Herr Ensmann erinnert daran, dass auch der Oberbürgermeister Herr Roters sich für die Wichtigkeit der Stadtbezirke und Veedel ausgesprochen habe. Diese Auffassung sollte man sich in Erinnerung rufen, bevor etwaige Änderungen oder Kürzungen geplant werden.

5.4 Neu- und Umbauprogramm für städtische Sozialhäuser. Sachstandsbericht des Wohnungsversorgungsbetriebes gemäß Beschluss des Sozialausschusses vom 26.10.2006 4496/2010

RM Herr Helling erinnert an die Diskussion im Integrationsrat zur Flüchtlingsunterbringung. Diese Frage hänge unmittelbar mit dem Umbau der Sozialhäuser zusammen. Anlässlich der Berichterstattung in den Medien über die katastrophalen Zustände insbesondere in zwei Heimen, bittet Herr Helling die Verwaltung um Darstellung der kurzfristigen Probleme bei der Flüchtlingsunterbringung in Zusammenhang mit dem langfristigen Umbauprogramm.

Herr Helling fügt hinzu, der Integrationsrat habe ausdrücklich eine Behandlung im Ausschuss für Soziales und Senioren gewünscht.

Frau Reker verweist auf eine Gegenüberstellung der Berichte aus dem Kölner Stadtanzeiger und den jeweiligen Stellungnahmen der Verwaltung zu den einzelnen Punkten. Frau Reker erklärt, ab sofort werde die Verwaltung in der Einrichtung Vorgebirgsstraße für eine Warmverpflegung sorgen.

Herr Schleicher berichtet, es zeige sich sehr deutlich, dass die Entwicklung in eine Schere geraten sei, die sich immer weiter auseinander bewege. Die Verwaltung sei in Anbetracht dieser Entwicklung jedoch nicht untätig geblieben.

Herr Schleicher erläutert, erfreulich sei der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen mit seinem sehr gut abgestimmten Konzept. Er informiert weiter, dass sich bis vor Kurzem ca. 4.500 Menschen in diesen Heimen befunden haben. In relativ kurzer Zeit konnte die Verwaltung ca. 3.000 Menschen in regulären Wohnungen unterbringen.

Außerdem habe der Ausschuss am 26.10.2006 mit höchster Dringlichkeit das Umbauprogramm beschlossen. Der schlechte bauliche Zustand der damals bereits 60 Jahre alten Häuser sei bereits bei der Beschlussfassung hinreichend bekannt gewesen. Jedoch sei bei dieser Ausgangslage die bauliche Unterhaltung der Häuser auch mit einer Investition von 1 Mio. € in die reine Betriebsfähigkeit und Reparaturtätigkeit nicht mehr ausreichend. Herr Schleicher betont, tatsächlich müssten erheblich mehr Mittel eingesetzt werden, obwohl die Häuser eigentlich nur noch zum Abriss geeignet seien.

Herr Schleicher fügt hinzu, dass die Personen, die in den Häusern verblieben seien, zudem einen relativ unklaren Aufenthaltsstatus haben. Da bei jedem dieser Fälle noch Prüfungen erfolgen müssen, sei diesen Personen selbst auch nicht bekannt, wie ihr weiterer Lebensweg aussehe.

Außerdem habe die Verwaltung im Rahmen der Haushaltseinsparungen die Betreuungs- und Bewachungskosten reduzieren müssen, so dass sich der Besucherstrom in diesen Häusern erhöht habe und dies eine noch höhere Belastung für die Häuser darstelle.

Herr Schleicher stellt fest, dass damit insgesamt sei ein Zustand entstanden sei, den auch die Verwaltung nicht gut heiße und der so nicht belassen bleiben könne.

Herr Schleicher betont, derzeit befinde man sich an einem Punkt, an dem man das Neu- und Umbauprogramm wieder aufleben lassen und schneller betreiben müsse.

Zwischenzeitlich müsse die Verwaltung die derzeitige Situation zum Anlass nehmen um mehr Zwischeninvestitionen zu tätigen, damit in den nächsten Wochen erhebliche Verbesserungen erreicht werden. Herr Schleicher erklärt, die Verwaltung werde nach Erhalt der notwendigen Baugenehmigung zusätzliche Duschcontainer in der Vorgebirgsstraße aufstellen und darüber hinaus größere Handwerkeraufträge in allen anderen Häusern vergeben.

Herr Schleicher fordert abschließend alle Anwesenden dazu auf, daran zu arbeiten, das Neu- und Umbauprogramm zu forcieren, um schneller zu einem vernünftigen Zustand zu kommen.

Frau Reker betont, diese dargestellten Zwischeninvestitionen seien keine Ideallösung, aber derzeit leider unumgänglich.

RM Herr Ensmann dankt der Verwaltung für diese Darstellung der Situation. Die bisherige Dauer des Neu- und Umbauprogramms zeige ganz deutlich, dass sich die Fachverwaltung mit dieser Problematik nicht ausreichend bei der restlichen Verwaltung habe durchsetzen können. Es sei bedauerlich, dass es erst zur Berichterstattung in der Presse kommen musste, um die Angelegenheit zur Chefsache zu machen.

SB Herr Krücker teilt mit, der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen habe vor einigen Jahren ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen ausgearbeitet. Mit diesem Konzept sei es gelungen, die Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Köln massiv zu verbessern.

Herr Krücker erklärt, er sei darüber erschrocken, dass nun wieder so problematische Zustände in einigen Unterkünften entstanden seien.

Der Runde Tisch werde sich in seiner nächsten Sitzung sehr eingehend mit dieser Situation beschäftigen. Er lädt alle Parteien dazu ein, konstruktiv an der Arbeit des Runden Tisches mitzuwirken, um in einem breiten Konsens darauf hinzuwirken, dass das Unterbringungskonzept fortgeschrieben werde. Dies sei erforderlich, um nicht nur baulich sondern auch inhaltlich die Situation in den Häusern deutlich zu verbessern.

RM Frau Schultes macht deutlich, dass die jetzt durchgeführten Renovierungsarbeiten und kleinteiligen Sanierungen nicht zu einer langfristigen Verbesserung der Situation führen können. Sie ist fest davon überzeugt, dass man an einem langfristigen, nachhaltigen Umbauprogramm nicht vorbeikommen werde. Frau Schultes plädiert dafür, dass sich alle Ausschussmitglieder in ihren Fraktionen für eine schnelle Umsetzung einsetzen sollten.

Abschließend bittet Frau Schultes um Informationen, wie hoch die Mittel sein sollten, die für eine Sofortmaßnahme benötigt werden.

Herr Schleicher teilt mit, die frühere Beigeordnete Frau Bredehorst habe die Fachverwaltung in dieser Hinsicht unterstützt und sich für eine Beschleunigung des Programms eingesetzt. Jedoch sei dies immer nur eine von vielen „Baustellen“ in Köln gewesen. Herr Schleicher stellt klar, dass Rat und Verwaltung in dieser Hinsicht bereits einiges unternommen haben. Dies zeige sich auch dadurch, dass die Verwaltung alleine für die bauliche Unterhaltung der rd. 30 Häuser rd. 1 Mio. € ausbebe.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass nun für Sofortmaßnahmen ca. 300.000 bis 400.000 € ausgegeben werden müssen. Dies werde sicherlich dazu führen, dass im nächsten Jahr weniger Mittel im Haushalt zu Verfügung stehen werden. Wie die

Summen, die dadurch im nächsten Jahr fehlen, nachfinanziert werden sollen, müsse dann noch geklärt werden.

RM Frau Schultes hält diese von Herrn Schleicher geschilderte Praxis für nicht sinnvoll. Sie vertritt die Auffassung, dass die benötigten Mittel für Sofortmaßnahmen zusätzlich zu Verfügung gestellt werden müssen.

RM Herr Helling erinnert an einen fraktionsübergreifenden Konsens zur Flüchtlingspolitik. Er spricht sich dafür aus, diesen zu nutzen, um nicht nur ausreichende Mittel für Sofortsanierungen sondern auch für bestimmte Mittelumschichtungen zu haben. Es sei auch zu überlegen, ob die benötigten Mittel für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung zwingend aus dem Sozialetat zu finanzieren seien.

Herr Helling weist darauf hin, dass Köln immer noch Aufnahmekommune für Flüchtlinge sei. Dies verursache ebenfalls Kosten, da bestimmte Heime nur auf Grund der Neuaufnahmen aufrecht erhalten werden müssen.

Außerdem sei eine neue Anstrengung erforderlich, die noch verbliebenen ca. 1.500 Bewohner aus den Heimen in Mietwohnungen unterzubringen. Mit einem gezielten Integrationsprogramm, betreuerischen Maßnahmen und bestimmten Maßnahmen gegenüber den Wohnungseigentümern sei es zu schaffen, einen Teil der Bewohner in normale Mietwohnungen zu bringen.

Herr Helling bittet die Verwaltung außerdem zu prüfen, ob nicht Ersatzobjekte angemietet werden können.

Herr Schleicher betont, bei dem von Herrn Helling geäußerten Vorschlag sei es das Wichtigste, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Menschen dauerhaft hier bleiben können. Dies sei verwaltungsintern zu koordinieren. Herr Schleicher sagt zu, die Verwaltung werde dann, wie bisher auch, bemüht sein, sozialverträgliche Lösungen zu schaffen.

Herr Schleicher fügt hinzu, der Kölner Wohnungsmarkt sei für alle Personengruppen und sogar in allen Preisklassen schwierig geworden. Außerdem seien die Mietpreise ebenfalls wieder gestiegen.

RM Frau Hoyer erklärt, die Problematik sei nicht neu und trotzdem sehr bewegend. Sie teile das Ziel, möglichst alle Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen. Jedoch ist sie der Auffassung, dass dieses Ziel nie vollständig erreicht werden könne. Daher müsse man sich der Problematik in den Flüchtlingsheimen stellen und diese renovieren.

Frau Hoyer lobt die Art und Weise, wie die Verwaltung auf die Presseveröffentlichungen reagiert habe.

SE Frau Hollmann regt an zu überlegen, für den Umbau von Flüchtlingswohnheimen einen Sponsorenkreis zu suchen.

SE Herr Klein hält den Vorschlag von Frau Hollmann für nicht umsetzbar.

SB Frau Wilden setzt sich für eine tägliche warme Mahlzeit in den Flüchtlingsheimen ein. Sie spricht sich jedoch gegen eine professionelle Reinigung der Sanitäranlagen aus und übt Kritik an der dezentralen Unterbringungspraxis von Flüchtlingen.

RM Herr Ensmann weist auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im Integrationsrat am 29.11.2010 unter TOP 2.1 hin. Er bittet, diese Beantwortung auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

Herr Schleicher teilt mit, die Anfrage im Integrationsrat sei mündlich in der Sitzung beantwortet worden. Die Anfrage mit der mündlichen Beantwortung werde als **Anlage** der Niederschrift beigelegt.

Ziel jeder Art von Unterbringung sei es, so einfach wie möglich und so viele Wohnungen wie möglich bereit zu stellen, um schnell die Individualität und Abgeschlossenheit bei den Personen, die hier bleiben dürfen, herzustellen.

Zum Umbauprogramm erklärt Herr Schleicher, Fertigbauten seien, unabhängig von den Bewohnern, nach 20 Jahren Gebrauch verschlissen. Häuser, die 1949 gebaut worden seien, seien ebenfalls verbraucht.

Herr Schleicher stellt nachfolgend das weitere Verfahren dar. Unabhängig von den Investitionen, die notwendig seien, damit die Häuser menschenwürdig bleiben, sei ein Abriss aller Fertighäuser innerhalb der nächsten drei Jahre angezeigt. Auch alle Häuser, die im Umbauprogramm stehen, müssen abgerissen und neu errichtet werden.

Zu diesem Zweck habe Herr Oberbürgermeister Roters eine neue Arbeitsgruppe unter der Leitung des Sozialdezernates gegründet um das Programm zu beschleunigen.

RM Frau Schmerbach bittet darum, zur nächsten Sitzung dem Ausschuss einen aktuellen Zwischenstand über die baulichen Maßnahmen und auch über die Entwicklung zum Zuzug von Flüchtlingen nach Köln vorzulegen. Sie bittet über diese Angelegenheit regelmäßig im Ausschuss zu berichten.

RM Frau Schultes fragt, ob sich die Priorität bei den Bauprojekten gegenüber der Mitteilung inzwischen geändert habe.

Herr Schleicher teilt mit, Änderungen bei den Prioritätenfestsetzungen werde es auf Grund bautechnischer Erfordernisse immer wieder geben. Wichtig sei, wie schnell man insgesamt mit der Bauliste vorankomme.

RM Herr Helling fragt, warum sich die Xantener Str. nicht unter den ersten zehn Punkten in der Prioritätenplanung befinde.

Herr Schleicher erklärt, die Xantener Str. habe sich verzögert, da das Gebäude noch belegt sei. Außerdem gebe es in der Xantener Str. zwei Gebäude, in sich im gleichen baulichen Zustand befinden und durch ein Garagengrundstück getrennt seien. Eine Gesamtlösung zur Verbesserung dieser Anlage durch den Ankauf des Zwischengrundstücks sei der Verwaltung nicht gelungen. Herr Schleicher berichtet, daher werde die Verwaltung nun die beiden Häuser parallel neu errichten.

5.5 Mitteilung zur Publikation "Konzeptbausteine: Impulse für neues Wohnen in der Innenstadt" in der Sitzung am 23.09.2010 hier: Beantwortung von zusätzlichen Fragen 4813/2010

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**5.6 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2009, Ausblick 2010
5034/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**5.7 Beantwortung der Anfrage AN/2027/2010
4692/2010**

siehe TOP 5.1

**5.8 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln AN/2014/2010
4702/2010**

siehe TOP 5.1

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

**6.1 Anfrage zu TOP 6.3 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Anfragen zum neuen Wertgutscheinsystem für Bezieher/innen von SGB II-Leistungen (4329/2010)
4832/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**6.2 Bericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
4990/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**6.3 Anfrage zu TOP 6.2 der Sitzung vom 04.11.2010 bez. Bericht der ArbeitsGemeinschaft - ARGE- Köln (4353/2010)
4906/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

**6.4 Strategisches Integrationsprogramm des Jobcenters Köln 2011 (SIP 2011)
5010/2010**

Die Mitteilung wird auf die Sondersitzung am 14.12.2010 vertagt.

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

**7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 12/2010
5021/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
04.05.2010
AN/0872/ 2010**

- 1. Förderung developmentsgestörter Vorschulkinder und Schulkinder mit Teilleistungsstörung**
- 2. Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
3202/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

9.1.2 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"

**hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/1532/ 2010**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

9.1.3 Kürzungen im Bereich der ARGE Köln

**hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2010
AN/1984/ 2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

9.1.4 Zwangsräumung hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 28.10.2010

AN/2006/ 2010

**Antwort der Verwaltung
5008/2010**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, diese Mitteilung, die als Tischvorlage vorliegt, auf die nächste Sitzung zu vertagen.

9.2 Aktuelle Anfragen

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**10.1 Jahresbericht 2009
4172/2010**

RM Frau Hoyer hält den vorliegenden Jahresbericht 2009 für unbefriedigend, da sich viele Angelegenheiten bereits weiterentwickelt haben und die Art und Weise der weiteren Fortschreibung nicht festgelegt sei.

Sie schlägt vor, die Verwaltung zu bitten, diesen Bericht zu aktualisieren.

RM Frau Schmerbach sieht die Sachlage ähnlich. Sie regt an, diesen Bericht heute zur Kenntnis zu nehmen. Sie verweist auf das geplante neue Berichtswesen und geht davon aus, dass hierbei alle nicht erledigten Beschlüsse weiter fortgeschrieben werden.

RM Herr Ensmann plädiert dafür, Berichte zeitnah vorzulegen. Einen Bericht von 2009 vorzulegen, hält er nicht für sinnvoll. Durch das Lesen habe er ihn aber auch schon zur Kenntnis genommen.

RM Herr Helling schließt sich den vorherigen Einschätzungen an, dass es sich hier um eine unbefriedigende Angelegenheit handle. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung früher Halbjahresberichte über die Beschlüsse, die auf Initiative von Fraktionen gefasst wurden, vorgelegt habe. Damals habe es das Problem gegeben, dass die Verwaltung teilweise eine andere Auffassung als der Ausschuss gehabt habe, welche Beschlüsse erledigt seien und welche nicht. Daher sei in jedem Fall auch bei diesem Jahresbericht darüber zu diskutieren, welcher einzelne Bericht nunmehr erledigt sei oder nicht.

Herr Helling macht auf den Hinweis der Verwaltung aufmerksam, dass ein geändertes Verfahren zur Berichterstattung in Bearbeitung sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen einen aktualisierten Bericht vorzulegen, damit sich der Ausschuss mit jedem einzelnen Beschluss befassen und entscheiden könne, welche Beschlüsse erledigt seien oder nicht. Gleichzeitig solle die Verwaltung ein moderneres Berichtswesen erarbeiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Verwaltung zu bitten für eine der nächsten Sitzungen einen aktualisierten Jahresbericht vorzulegen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung gebeten, einen Vorschlag für ein sinnvolleres Berichtswesen zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 Verteilung der Fördermittel 2010 - Zuschuss für Stützpunkte im Rahmen des Förderkonzeptes offene Altenarbeit einschl. Zuschuss an Förderverein Altentagesstätte Keltershof/Sürth 4599/2010

RM Herr Ensmann weist darauf hin, auf der letzten Seite müsste es unter SBK „Sozial- Betriebe-Köln“ und nicht mehr „Zentrum für Senioren und Behinderte Köln“ heißen.

Herr Ensmann stellt erfreut fest, dass es bei dieser Vorlage keine Kürzungen gebe.

RM Herr Helling verweist hierbei auf den Kürzungsvorschlag der Verwaltung bei der offenen Seniorenarbeit, die vorangegangenen langen öffentlichen Diskussionen und die erhebliche Gegenwehr. Durch diese Aktivitäten seien die ursprünglichen Kürzungen zurückgewiesen worden.

SB Herr Dr. Schulz betont, in den letzten Wochen der Haushaltsplanberatung habe sich die Dezernatsleitung sehr engagiert für eine Rücknahme der Kürzung eingesetzt.

SB Herr Krücker teilt mit, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Außerdem stellt er fest, dass sich die Verbände in dieser Angelegenheit sehr verantwort-
wortlich verhalten haben.

Abschließend stellt der Vorsitzende Herr Paetzold die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt unter Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2010/2011 aus den im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen, die Zuschüsse für die Förderung der Stützpunkte im Rahmen des Förderkonzeptes offene Altenarbeit in Höhe von 1.140.000 € und für den Förderverein Altentagesstätte Keltershof/Sürth in Höhe von 12.000 € für 2010, wie in Anlage 1* zu dieser Beschlussvorlage dargestellt, zu vergeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Bestimmungen unverzüglich auszuzahlen.

** Diese Anlage ist der Niederschrift nicht mehr beigelegt.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

12.1 Leitbild Köln 2020 Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010

Die Beschlussvorlage wird vertagt.

12.2 Köln - Stadt der Vielfalt Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes 3130/2010

RM Frau Schmerbach bittet die Beratung über diese Beschlussvorlage auf die nächste Sitzung zu verschieben um zu klären, wie man dieses Konzept mit dem Leitbild und dem Konzept zur integrativen Stadtgesellschaft verknüpfen könne.

Da die Beschlussvorlage jedoch am 14.12.2010 in der Ratssitzung beschlossen werden soll, verständigen sich die Ausschussmitglieder auf eine Verweisung ohne Votum in den Rat. Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt diesen Beschluss nachfolgend zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln

**12.3 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010
4916/2010**

Die Beschlussvorlage wird auf die Sondersitzung am 14.12.2010 vertagt.

SE Frau Hollmann fragt, warum in 2010 bereits eine Kürzung vorgenommen werde, obwohl laut Ratsbeschluss in 2010 keine Kürzungen für freie Träger umgesetzt werden sollen. Sie bittet hierzu die Verwaltung um Informationen.

RM Herr Helling bestätigt, die politische Absicht sei es gewesen, dass der Haushalt 2010 bei den freien Trägern - hierzu seien die Interkulturellen Zentren auch zu rechnen - keine Kürzungen vorsehen sollte.

Frau Fohlmeister erklärt, die Hintergründe, die zu den Kürzungen geführt haben, bis zur Sondersitzung nochmals zu recherchieren.

**12.4 KölnPass: Aufrechterhaltung des Erstattungsanspruches der KVB im Rahmen der Finanzierung der KölnPass-Tarife im Haushaltsjahr 2010
4409/2010**

Die Beschlussvorlage wird auf die Sondersitzung am 14.12.2010 vertagt.

**12.5 SGB II-Neuorganisation; Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit Köln
4870/2010**

Die Beschlussvorlage wird auf die Sondersitzung am 14.12.2010 vertagt.

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14 Anfragen

**14.1 Pflegereport der Barmer Ersatzkasse
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann**

RM Herr Ensmann berichtet, dass die Barmer Ersatzkasse einen Pflegereport erstellt habe. Er bittet die Verwaltung, die wesentlichen Sachverhalte aus diesem Report, die den Sozialbereich betreffen, in einer Mitteilung dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorzulegen.

Die Verwaltung sagt eine Erledigung zu.

gez. Paetzold
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)